

# **Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien**

**an der Universität Bremen (FB 1 0)**

**- Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Emmerich -**

Intellektuellen-Status und intellektuelle Kontroversen im Kontext der  
Wiedervereinigung

Wolfgang Emmerich / Lothar Probst

November 1993

Materialien und Ergebnisse aus Forschungsprojekten des Institutes

Heft 4: Intellektuellen-Status und intellektuelle Kontroversen

## Inhalt

Preliminary Remark S. 3

Vorbemerkung S. 4

Wolfgang Emmerich:

Zwischen Hypertrophie und Melancholie

Die literarische Intelligenz der DDR im historischen Kontext\* S. 5

Lothar Probst:

Mythen und Legendenbildungen:

Intellektuelle Selbstverständnisdebatten nach der Wiedervereinigung S. 23

Materialien und Ergebnisse aus Forschungsprojekten des Institutes

Hinweis auf aktuelle Veröffentlichungen S. 45

Erstabdruck in: Universitas. Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 48. Jahrgang, August 1993, Nummer 566, S. 778-792.

Druck: Universitätsdruckerei Bremen

Vertrieb: Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien / Universität Bremen (FB10). Postfach 330440, 28334 Bremen. Tel.: 0421 218-3236. Telefax: 0421 218-4961. Selbstkostenpreis: DM 5,00. Copyright: bei den Verfassern

## Preliminary Remark

Not only the two societies but also both the East and West German intellectuals have been, after the reunification, in a process of radical change and regrouping. Against this background, the two articles by Wolfgang Emmerich and Lothar Probst in number 4 of the series „Materialien und Ergebnisse aus Forschungsprojekten des Institutes“ illuminate changes of status and controversies of intellectual formations in Germany.

The East German literary intelligentsia, viewed by the West, too, as having the role of spokespeople, have experienced in several ways a painful loss of their privileged status: They were released from their responsibility as „social educators“, they are no longer in demand as representatives of a political culture fixated on „Textolatrie“ (Vilem Flusser), and they have lost their role as „conceptual vanguard“ (Wolfgang Emmerich) chosen by the political leadership. The disillusionments involved are, to some extent, digested and met with „melancholy“. Wolfgang Emmerich does not put down the hypertrophy of the intellectuals' role in East Germany only to the special circumstances of the second German dictatorship, but he emphasizes its connection with the inappropriatenesses and burdens of guilt of the process of civilization in Germany. „Nowhere else“, Wolfgang Emmerich points out, „intellectuals turned as globally into presumed „Stellvertreter-Subjekte“ as in 200 years of German intellectual history“.

In his essay, Lothar Probst focuses on the West German intellectuals who also, in part, need to reappraise their history in the context of the reunification and orientate themselves anew. He analyzes controversies among intellectuals about current German politics, and explores the question which of the myths about the right lessons from National Socialism's reign of terror--myths that have developed after 1949 in both German states--continue to be effective and mingle with newly formed legends. In this context, he examines, amongst other things, the „taboo of comparing“ the first German dictatorship with the second one, and

counters the popular assertion that the current discussion about the totalitarian features of East Germany serve to dispose of the National Socialist past.

The two articles coincide in the way they present antifascism in East Germany as an identity-creating „Zivilreligion“ (Helmut Dubiel) and a loyalty trap. Taking well-known East German authors as examples, Wolfgang Emmerich describes how antifascism worked as an ideological grip on two generations of authors, while Lothar Probst raises the issue of the myth, to be found in the writings of Eastern as well as Western intellectuals, of East Germany's „antifascist character“.

#### Vorbemerkung

Nicht nur die beiden Gesellschaften, sondern auch die Intellektuellen aus Ost- und Westdeutschland befinden sich nach der Wiedervereinigung in einem Prozeß des Umbruchs und der Umgruppierung. Vor diesem Hintergrund beleuchten die beiden Beiträge von Wolfgang Emmerich und Lothar Probst in Heft 4 der Reihe „Materialien und Ergebnisse aus Forschungsprojekten des Institutes“ Statusveränderungen und Kontroversen intellektueller Formationen in Deutschland.

Für die auch im Westen als Sprecher wahrgenommene literarische Intelligenz aus der DDR hat in mehrfacher Weise ein schmerzhafter Verlust ihres privilegierten Status stattgefunden: Sie sind von ihrer „sozialpädagogischen“ Aufgabe entbunden worden, sie sind nicht länger als Träger einer auf „Textolatrie“ (Vilem Flusser) fixierten politischen Kultur gefragt, und sie haben ihre Rolle als von der politischen Führung auserkorene „konzeptionelle Vorhut“ (Wolfgang Emmerich) verloren. Die damit verbundenen Ent-Täuschungen werden zum Teil mit „Melancholie“ verarbeitet. Wolfgang Emmerich führt die Hypertrophie der Intellektuellenrolle in der DDR aber nicht nur auf die Besonderheiten der zweiten deutschen

Diktatur zurück, sondern stellt sie in den Zusammenhang mit den Schieflagen und Hypotheken des Zivilisationsprozesses in Deutschland. „Nirgendwo sonst“, so Wolfgang Emmerich, „machten sich Intellektuelle so allumfassend zu angemäßen Stellvertreter-Subjekten ... wie in 200 Jahren deutscher Intellektuellengeschichte“.

Daß auch ein Teil der westdeutschen Intellektuellen ihre Geschichte im Kontext der Wiedervereinigung aufarbeiten und sich neu orientieren muß, macht Lothar Probst zum Gegenstand seines Essays. Er analysiert Kontroversen unter Intellektuellen über die gegenwärtige deutsche Politik und geht der Frage nach, welche Mythen über die richtigen Lehren aus der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus, die sich nach 1949 in beiden deutschen Staaten entwickelt haben, in der gegenwärtigen Diskussion über die Zukunft des vereinten Deutschlands weiterwirken und sich mit neuen Legendenbildungen vermischen. Dabei hinterfragt er u.a. das „Tabu des Vergleichens“ zwischen der ersten und zweiten deutschen Diktatur und widerspricht der gängigen Behauptung, daß die aktuelle Diskussion über die totalitären Züge der DDR einer Entsorgung der nationalsozialistischen Vergangenheit diene.

Beide Beiträge berühren sich in ihrer Darstellung des Antifaschismus in der DDR als identitätsstiftender „Zivilreligion“ (Helmut Dubiel) und Loyalitätsfalle. Wolfgang Emmerich zeichnet am Beispiel bekannter DDR-Schriftsteller nach, wie der Anti-faschismus als ideologische Klammer bei zwei Autoren-generationen gewirkt hat, während Lothar Probst den sowohl bei Ost- als auch bei Westintellektuellen anzutreffenden Mythos vom „antifaschistischen Charakter“ der DDR problematisiert.

Wolfgang Emmerich

## Zwischen Hypertrophie und Melancholie

Die literarische Intelligenz der DDR im historischen

Kontext

„... denn süß ist wohnen

Wo der Gedanke wohnt, entfernt von allem“

Heiner Müller (nach Hölderlin/Sophokles)

Der übersteigerte Anspruch und das große öffentliche Prestige der Schriftsteller und Künstler in der DDR ist aus den im Verhältnis zum Westen ungleichzeitigen Systembedingungen einer vormodernen, geschlossenen Gesellschaft zu erklären. Hinzu kommt die spezifisch deutsche Tradition einer immer wieder ausgegrenzten, ins Abseits gestellten literarischen Intelligenz, die auch in der DDR „hochfliegende“, illusionäre Entwürfe begünstigte. - Die hier vorgetragene Kritik an der intellektuellen Elite der ehemaligen DDR versteht sich im übrigen keineswegs als Verdammung der (besseren) DDR-Literatur.

Am 28. November 1989 - sechs Wochen nach der Ablösung Honeckers und drei nach dem Fall der Mauer - wurde in Ost-Berlin ein „Appell“ veröffentlicht, der „Für unser Land“ überschrieben war. In ihm wurde eine Entweder-Oder-Option aufgemacht: Entweder man könne auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen, oder man müsse dulden, daß „ein

Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird. - Laßt uns den ersten Weg gehen“, wurde gemahnt, nämlich „eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln“. Und dann der letzte Satz: „Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“<sup>i</sup> Noch im Zustand schon weitgehender Freisetzung aus den autoritären Zwängen des „realen Sozialismus“ wird, das zeigt der letzte Satz, ein geschichtsblinder, quasi mythologischer Text produziert. Erstunterzeichner des Aufrufes sind unter anderen Volker Braun, Stefan Heym, Christa Wolf. Zweitunterzeichner war freilich dann auch unter anderen ein Egon Krenz. Der Text hatte offenbar eine interne Beschaffenheit, die sowohl diesem wie jenen Raum ließ.

Im November 1989 bat der Rowohlt Verlag mehrere DDR-Literaten, sich unter dem Titel „DDR 1990: Hoffnung auf eine neue Republik“ zu den Zukunftsaussichten ihres Landes zu äußern. Einer, der antwortete (und zwar offensichtlich Mitte Dezember 1989), war Volker Braun. Der Titel seines kleinen Aufsatzes: „Kommt Zeit, kommen Räte“. Braun beschwört Leo Trotzki's „Tagtraum in der geschichtlichen Dämmerung“ von einer kommunistischen Räte­demokratie als Remedium für die marode DDR. In der „plötzlichen Vielfalt politischer Organisationen“ sieht er „sozialistischen Geist zur Verwirklichung“ drängen. Die „Macht der Räte“, die er schon Wirklichkeit sieht, habe das „Gemeineigentum“ (sic!) in der DDR „als gewaltige Stütze“. Freilich gelte es, Vorsicht walten zu lassen: „Wir kannten den Opportunismus der Macht: fürchten wir jetzt den Opportunismus der Freiheit.“<sup>ii</sup> An „Räte“, die sich möglicherweise (schrecklicherweise) souverän für die Bananen-Bundesrepublik entscheiden könnten, ist offensichtlich nicht gedacht. Das wäre (und war dann aus Brauns Sicht) „Opportunismus der Freiheit“. Es müssen schon „sozialistische Räte“ sein.

Der Triumph des Geistes über die Macht?

Sofern man solche Zeilen nicht mehr genau im Kopf hatte, reibt man sich die Augen beim Wiederlesen: Wie konnten die Strategien und Ratschläge führender DDR-Intellektueller in der Wende-Situation dermaßen illusionär und wirklichkeitsfremd sein? Woher nahm man den Glauben in den unerschütterlichen sozialistischen Willen einer satten Mehrheit der

Bevölkerung, die solche Räte (Sowjets) hätte tragen können und wollen? Und schließlich die Frage an die eigene (westliche) Adresse: Hatte man sich nicht selbst in einem Winkel seines Herzens (des Kopfes wohl schon lange nicht mehr) eine solche Lösung gewünscht? Hatte man nicht zunächst auch die Großdemonstration am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz als Triumph des Zusammengehens von Intelligenz und Bevölkerung, als Sieg des Geistes über die Macht erlebt? Doch was sich für viele DDR-Intellektuelle noch heute in der Erinnerung als Höhepunkt des Wendeprozesses darstellt: Es war in Wirklichkeit nur der Höhepunkt ihrer Illusionen, was ihre Führerrolle in dieser Umwälzung angeht. Der Zusammenbruch der DDR war, so wissen wir inzwischen, alles andere als der Triumph des Geistes über die Macht. Er manifestierte viel mehr „das Desaster der interpretierenden Klasse“<sup>iii</sup>, die, befangen in ihrem Wahn der am Ende doch möglichen Versöhnung von Geist und Macht im Sozialismus, ihren nachfolgenden Rollenverlust weder verstand noch verkraftete. Das aber ist es, was interessiert: Woher kommt die grandiose Selbsttäuschung der DDR-Literaten und -Intellektuellen über ihren eigenen Status? Was hat den, allen Schikanen zum Trotz, bis zur Wende privilegierten Status dieser literarischen Intelligenz einst begründet, und auf welche viel älteren Traditionen geht dieser Status zudem noch zurück? Schließlich: Wie erklärt sich der tiefe Absturz vieler Literaten in die Melancholie, schlimmer: ins Ressentiment? Und wie wäre die Verknotung, die Selbstblockade möglicherweise zu lösen?

Ein Gebilde namens DDR

Fünf Punkte markieren den privilegierten Sonderstatus der literarischen Intelligenz in der DDR: drei mehr systemische Ursachen und zwei mehr historische Momente der Genese dieses Status.

- Vormoderne, instrumenteller Systemstatus der Literatur und ihrer Urheber



Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der DDR waren auf gravierenden Widersprüchen aufgebaut. Einerseits sollte das Land ein entwickelter, moderner Industriestaat unter dem Primat von Wissenschaft und Technik sein. Andererseits beharrte die Parteiherrschaft der SED auf der totalen Planbarkeit wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Prozesse und behinderte damit die Ausdifferenzierung eigengesetzlicher Wertsphären in Politik und Ökonomie, Verwaltung und Rechtsprechung, Religion, Wissenschaft und Kunst, wie sie Max Weber als Merkmal moderner Gesellschaften beschrieben hat. Die unabhängige Betätigung und freie Entfaltung einzelner Subjekte in autonomen Wertsphären, darunter die Ausbildung einer uneingeschränkten (literarischen) Öffentlichkeit waren nicht vorgesehen. Die Künste wurden gleichsam rückgeholt in ihre vorbürgerliche, vormoderne, pointiert gesagt: rituelle Funktion ihrer praktischen Nützlichkeit, ihres politischen Gebrauchswerts. Von Beginn an, konkret: seit 1948/49 wurde der Literatur in der DDR eine begründete, zentrale Funktion beim Aufbau und bei der Ausgestaltung des Sozialismus zugewiesen. Als funktionalem Teilsystem in Gesamtsystem „sozialistische Gesellschaft“ wurde ihr die volkspädagogische, „sozialaktivistische“ (ein Ausdruck Uwe Johnsons) Aufgabe gestellt, die Massen für den Sozialismus zu mobilisieren und mittels ihrer Vorbildhaltung „sozialistische Persönlichkeiten“ heranbilden zu helfen. Die Folgen dieses autoritären Nützlichkeitsgebots waren zwieschlächtig: Zum einen entfremdete es die Kunst den schon einmal erreichten Standards der ästhetischen Moderne in puncto subjektiver Freiheit, Kunstautonomie und avancierter formaler Mittel. Zum anderen wertete es den Status des Künstlers, sofern er denn williger, überzeugter Sozialist war, enorm auf: Er wurde Erzieher der noch nachhinkenden Volksmassen auf dem Wege zum Endziel Sozialismus, er durfte sich der Vorhut, oder mit dem Fremdwort: der Avantgarde zugehörig fühlen.

Paradoxerweise blieb den DDR-Literaten diese exklusive Rolle erhalten, ja sie verstärkte sich noch, als viele von ihnen (gewiß die begabtesten und sensibelsten) aus dieser zunächst freiwillig angenommenen Rolle der Affirmation des „realen Sozialismus“ ausbrachen und schrittweise zu mehr oder weniger scharfen Kritikern des Systems (oder doch wenigstens seiner Mißstände) wurden. Wiederum - wenn nun auch mit umgekehrtem Vorzeichen - spielten sie die Rolle einer (wie immer geschurigelten) Vorhut, von Kritikern des Gewissens der sozialistischen Nation - und wurden als solche Präzeptoren von den latent ähnlich eingestellten lesenden Schichten des Landes akzeptiert und immer wieder bestätigt.

- Konservative Bornierung der DDR-Kultur auf Schriftkultur

Karl Heinz Bohrer hat die verflossene DDR schon vor drei Jahren eine „epochal überholte Zivilisation“ und ein „Kulturschutzgebiet“ genannt.<sup>v</sup> Und er hatte recht damit. Dem verstiegenen, nie eingelösten Technikkult der Funktionärselite widersprach die technologisch zurückgebliebene DDR-Wirklichkeit an allen Ecken und Enden. Das gilt auch und gerade für den Bereich der Informationsmedien, unter denen die „schöne Literatur“ privilegiert war und blieb bis zum bitteren Ende, ob nun als Medium der Bestätigung oder auch des Widerspruchs. In einer Situation der „künstlich geschwächten Medienkonkurrenz“, so hat Jochen Hörisch treffend festgestellt, war eine „seltsame Spätform des medialen Buchmonopols noch intakt“.<sup>vi</sup> Dafür sind mehrere Gründe geltend zu machen. Ein System, das den ihm unterworfenen Menschen keinen freien Medienzugang erlauben wollte, sabotierte nolens volens auch die technologische Entwicklung auf diesem Gebiet. Diversifizierte neue Medien hätten die alten Wissensmonopole in Frage gestellt und die Bildung neuer begünstigt. Das aber konnte nicht im Sinne der Machtelite der DDR sein. Ihrem Hauptinteresse der permanenten und zugleich überschaubaren ideologischen Indoktrination entsprach die tradierte Schriftkultur aufs beste. Dem „Trägheitsbündnis aus Parteiapparat und Schriftgelehrten“ mit dem Ziel, das „alte Wissensmonopol der Gutenberg-Galaxis zu verteidigen“, korrespondierte die „Verfestigung der ideen- und begriffsorientierten Schriftkultur zur sozialistischen 'Literaturgesellschaft'“.<sup>vii</sup> Das aber, was Vilem Flusser die „Textolatrie“ des Marxismus (wie vor ihm der Kirche) genannt hat, konnte der literarischen Intelligenz in der DDR gerade recht sein (wobei vermutlich vielen ihrer Angehörigen der angedeutete Kontext nicht bewußt war). Die systemgewollten Umstände erlaubten es ihr, einen zumindest intern bedeutenden Status aufrechtzuerhalten, der in der westlichen Hemisphäre im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts nicht mehr vorstellbar gewesen wäre.

- Theoretisch abgesicherte Selbstzuschreibung einer Elitefunktion der Intelligenz im Sozialismus

Schon der Leninismus hatte die Vormachtstellung der Intelligenz auch gegenüber der Arbeiterklasse begründet und festgeschrieben. György Konráds Buch „Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht“ (deutsch 1978) zeigt, daß unter anderem deshalb die Attraktivität des sozialistischen Modells für große Teile der Intelligenz bis zum Zusammenbruch des Regimes erhalten blieb. Dieser Befund läßt sich auch auf die literarische Intelligenz im besonderen übertragen und dies speziell in der DDR. Noch bedeutsamer ist jedoch, daß auch die neue innersozialistische Opposition der siebziger und achtziger Jahre in der DDR an der Elitefunktion der Intelligenz emphatisch festhält. Inhaltlich begründet lag das natürlich in den beiden eben skizzierten Sachverhalten: dem vormodernen Systemstatus der volkspädagogischen Einbindung der Literaten und dem ideologisch sanktionierten Verharren in der Schriftkultur. Ein heute wenig gelesenes Buch ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich. Ich meine Rudolf Bahros „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ von 1977. In seinem dritten Hauptteil „Zur Strategie einer kommunistischen Alternative“ fragt Bahro nach dem „Potential für eine erneute Umgestaltung der Gesellschaft“. Er findet es in einem unterstellten „Überschuß menschlichen, auf kein abstraktes Funktionieren für begrenzte Zwecke reduzierten Bewußtseins..., das über die bestehende Arbeitsteilung hinausdrängt.“<sup>viii</sup> Dieses „überschüssige Bewußtsein“ (im Gegensatz zum „absorbierten“) sieht Bahro primär angesiedelt in allen Sparten der Intelligenz, unter anderem auch der literarischen - zweifellos eine schmeichelhafte Zuschreibung, aber eben auch eine höchst problematische, wenn sie, wie geschehen, zur Basis einer folgenreichen Elitetheorie wurde. Nicht nur, daß ein Autor wie Volker Braun, Rudolf Bahro eng verbunden war, es gilt weitergehend, daß Bahro auf die Ebene der Theorie einer intellektuellen Elite erhob, was die führenden Literaten der DDR ohnehin schon glaubten oder wenigstens fühlten. Bahros jedermann einleuchtendes Beispiel war die „tschechoslowakische Entwicklung“ auf den Prager Frühling 1968 zu:

„Die Bewegung setzte nicht an der Basis, sondern bei dem Personal des Überbaus ein, genauer: bei den Ideologen im engeren Sinne! Am Anfang stand die Unzufriedenheit unter den Spitzen der Schriftsteller, Künstler, Gesellschaftswissenschaftler mit den Bedingungen des geistigen Lebens, mit der Zensur gegen die kritische Aufdeckung der Widersprüche. Parallel mit den Ideologen kamen immer mehr profilierte Naturwissenschaftler, Techniker und Ökonomen zu dem Schluß, daß die eingeleitete Wirtschaftsreform ohne Gesellschaftsreform, d.h. als bloße 'Strukturveränderung' innerhalb des dirigierenden Apparats und seines Planungsmechanismus, keine ausreichende Initiative auslösen wird, um

über die mittelmäßige Effektivität und den Schlendrian hinauszukommen. Der Druck der beiden Gruppierungen verunsicherte die beweglicheren Element innerhalb des zentralen Partei- und Staatsapparates und machte Eroberungen unter ihnen.“ix

Wohlbemerkt: Bahros Argumentation enthält gewiß auch zutreffende Elemente, wie denn hier überhaupt nicht das Kind (sprich: die Sinnhaftigkeit außerinstrumentellen Nachdenkens) mit dem Bade der Intellektuellen-Hypertrophie ausgeschüttet werden soll. Bedenklich war und bleibt die Selbsterhebung der Intellektuellen in den Status einer konzeptionellen Vorhut für jene, deren Bewußtsein leider noch „subaltern“ und „absorbiert“ ist.

#### - Antifaschismus als Loyalitätsfalle

Diese Überschrift zu einem bereits weithin diskutierten Phänomen entnehme ich einem jüngsterschienenen Aufsatz von Annette Simon, einer 40jährigen Psychotherapeutin aus der DDR, deren Eltern Christa und Gerhard Wolf heißen.x Wollte man die Ursachen der konstitutionellen Systemnähe der DDR-Intellektuellen und ihrer nachfolgenden Hypertrophie gewichten, dann müßte man das antifaschistische Syndrom ganz oben an stellen. Am eindrücklichsten manifestiert es sich an dem, was man die zweite Autorengeneration der DDR-Literatur nennen könnte, also an Schriftstellern wie Franz Fühmann und Erwin Strittmatter, Günter de Bruyn, Hermann Kant und Erich Loest, Christa Wolf und Heiner Müller, Erik Neutsch und Dieter Noll und vielen anderen. Dies waren Menschen, die das NS-Regime und den Krieg als junge Männer und Frauen, oft noch als Kinder, als Soldaten, SA-Leute, Hitlerjungen und BdM-Mädel erlebt hatten, in der Regel als naiv Begeisterte oder als Mitläufer. Ihre Bekehrung erfuhren sie, sofern sie Soldaten gewesen waren, häufig in der Kriegsgefangenschaft oder dann zu Hause. Die Regel ist, daß ein Glaube / ein „totales“ Weltbild durch einen neuen Glauben / ein neues totalisierendes, geschlossenes Weltbild ersetzt wurde, das des Marxismus. Günther Deicke, einer von ihnen, hat das 1988 bestätigt: „Ein westdeutscher Publizist nannte uns 'Dichter im Dienst', und wir wollten das tatsächlich auch sein.“xi Bemerkenswert und folgenreich ist der psychologische Mechanismus, der diesem Vorgang zugrunde liegt. Am Anfang steht Verstörung, Scham, Erschütterung, Schuldbewußtsein auf seiten der ehemaligen Mitläufer des Nationalsozialismus - und ihnen gegenüber eine Sozialistische Einheitspartei (an ihrer Spitze antifaschistische Widerstandskämpfer und Exilierte, legitimiert durch entbehrensreiche KZ- und

Zuchthausaufenthalte oder den Verlust der Heimat), die die versöhnende Hand ausstreckt, Absolution erteilt und die „Überläufer“ gleich noch handstreichartig zu „Siegern der Geschichte“ erklärt. Am (vorläufigen) Ende dieses Prozesses steht die freiwillig-unfreiwillige Selbstbindung des reuigen Sünders an den Antifaschismus als das Gegenteil dessen, dem er einst verfallen war: dem Faschismus, der auch Auschwitz hervorgebracht hat. In diesem Kontext ist Franz Fühmanns vielzitiertes Wort „ich bin über Auschwitz in die andre Gesellschaftsordnung gekommen“ zu verstehen, - und es gilt für fast alle Autoren dieser Generation.<sup>xii</sup> War der Faschismus das Böse schlechthin, so wurde der Antifaschismus (was immer das konkret war) automatisch zum Guten und Wahren, zur ideologischen Klammer, die (fast) alles zusammenhielt. „Man hätte bei uns Antifaschisten bekämpfen müssen, um den Stalinismus zu bekämpfen“ - auf diese frappierende Formel hat es einmal Wolfgang Kohlhaase gebracht.<sup>xiii</sup> Was daraus entstanden ist (und bis vor kurzem fortgewirkt hat), ist jene intime, kindliche, familiäre Loyalität, um nicht zu sagen Gefolgschaftstreue, der vom sozialistischen Übertäter in Gnaden angenommenen gefallenen Kinder, die für lange Jahre auch die Texte dieser Autoren der zweiten Generation durchzieht.

Die nachfolgende Autoren -und Intellektuellengeneration der DDR - etwa durch die Namen Wolf Biermann, Rudolf Bahro, Volker Braun gekennzeichnet - war nun zwar nicht mehr mit Schuld, schlechtem Gewissen und Verwandtem im Blick auf das NS-Regime belastet, aber sie tappte doch - aller vordergründigen Aufmüpfigkeit zum Trotz - ebenfalls in die Loyalitätsfalle des Antifaschismus und übernahm die fatale Bindungs(sehn)sucht der voraufgehenden Generation. Auch diese jüngeren Intellektuellen wollten unter allen Umständen das Kollektiv, sie glaubten an die ominöse „gemeinsame Sache“, an die Gemeinschaft der Guten, sie wollten partout nicht „Menschen ohne Zugehörigkeit“ sein (wie Braun noch 1985 abschätzig formuliert<sup>xiv</sup>) und glaubten recht lange, in der DDR „In diesem besseren Land“ zu leben - dies der von Heinz Czechowski geliehene Titel einer renommierten Gedichtanthologie, die Adolf Endler und Karl Mickel 1966 herausbrachten.<sup>xv</sup> Mit dieser Gesellschaftsgläubigkeit, dem Horror vor dem einsamen „freischwebenden Intellektuellen“ akzeptierten sie bis zu einem gewissen Grade freiwillig die verordnete Rücknahme jener Ausdifferenzierung von Wertesphären im Sinne Max Webers, von der eingangs die Rede war. Gewiß, diese Autoren marschierten nicht mehr auf dem Bitterfelder Holzweg, der die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit als machbar unterstellte. Aber sie lebten, bei aller Kritik, in der Sehnsucht gesellschaftlich sinnvoll eingebunden zu sein, gebraucht zu werden, den Sozialismus auf ihre Weise mit aufzubauen. Stillschweigend akzeptiertes Tabu war, daß die

Kritik, nach dem Vorbild Brechts, immer eine „solidarische“ zu sein hatte. Nota bene: Auch viele westliche Intellektuelle dieser Generation werden sich in dieser Sehnsucht wie in der Akzeptanz dieses Tabus wiedererkennen, ich zum Beispiel. Das Vertrackte in der DDR war freilich, daß die dergestalt Sinn- und Bindungssüchtigen in der Regel das eine Generation früher ausgebildete familiale, autoritäre Loyalitätsverhältnis zur DDR übernahmen und damit die feudalsozialistische Tiefenstruktur des Landes akzeptierten. In den Worten Wolf Biermanns vom August 1990:

„Wir waren verfitzt, verfilzt und hochverschwägert mit unseren Widersachern. [...] Die tiefen familiären Kontakte zu unseren Todfeinden nahmen nie ab, weil wir den Widerspruch alle in uns selber trugen. [...] Und aller Haß, das Gift, die Galle kamen auch aus dieser familiären Verklammerung mit unseren Unterdrückern.“<sup>xvi</sup>

Wer denkt da nicht an Karl Kraus' hinterhältigen Satz: „Manchmal hat das Wort Familienbande einen Beigeschmack von Wahrheit.“

- Grundvorbehalt gegenüber der zivilisatorischen Moderne

Die DDR-Literatur der ersten 15 bis 20 Jahre bejaht den zivilisatorisch-technologischen Fortschritt in seiner als gesetzmäßig unterstellten Bindung an das sozialistische Gesellschaftssystem ohne jede Einschränkung. Insofern akzeptiert sie - zu dieser Zeit - gern die Stalinsche Aufgabenstellung, der kommunistische Schriftsteller habe als „Ingenieur der Seele“ bei der Bewältigung dieses Vorhabens zu wirken. Die wohl bedeutendste Kehre der literarischen Intelligenz in der DDR ist ihre zu Ende der sechziger Jahre zögernd einsetzende Abwendung von dem Leitbild einer sozialistischen Vollendung immer weiter forciertes Industriezivilisation und die Gewinnung eines neuen leitenden Paradigmas: der Zivilisationskritik. Man denke nur an alle jüngeren Texte Christa Wolfs, Heiner Müllers oder Volker Brauns. Erst neuerdings - angestoßen durch zwei junge (West-) Berliner Literaturwissenschaftler, Richard Herzinger und Heinz-Peter Preußner, - beginnt man wahrzunehmen, daß dieser Paradigmawechsel nicht nur einen - erfreulichen - Anschluß an eine Haupttendenz der ästhetischen Moderne des Westens bedeutet - diese ist seit mehr als 100 Jahren fundamentale Kritik an der Pathologie der Zivilisationsmoderne gewesen -,

sondern auch eine Art Regression auf konservative, guten Teils irrationale kulturphilosophische Muster. Herzinger und Preußner schreiben:

„Zivilisationskritik, wie sie sich im Bildmaterial und in reflexiven Passagen späterer DDR-Literatur artikuliert, knüpft an traditionelle deutsche Denkfiguren an: so an das Dekadenzverdikt gegen die westliche Gesellschaft, an die Dichotomie 'Kultur vs. Zivilisation' und an das Ressentiment gegen Liberalismus und Kommerzialisierung. Dieser Rekurs prominenter DDR-Schriftsteller der siebziger und achtziger Jahre auf kulturkonservative Figuren dient der Legitimierung des Sozialismus als einer Widerstandsbastion gegen eine als bedrohlich empfundene Verwestlichung.“<sup>xvii</sup>

Man mag die scharfe These des letzten Satzes für überzogen halten (wie ich zum Beispiel), bedenkenswert ist der hier hergestellte Kontext immerhin. Vor allem lenkt er den Blick auf eine in der DDR anzutreffende fatale Fortsetzung jener alten Rolle der literarischen Intelligenz in Deutschland, die sich seit mehr als zwei Jahrhunderten darin gefallen hat, eine Mahner- und Warnerpose, eine Präzeptoren- und Prophetenrolle zu übernehmen und ihre Schreckensbilder der zivilisatorischen Dekadenz mit utopischen Ganzheitsvorstellungen des unentfremdeten Lebens zu konterkarieren. In der (gewesenen) DDR ließ sich diese problematische Rolle leichter weiterspielen als in westlichen Ländern, weil - wie weiter vorn skizziert - das kulturelle Leben und die Sinnproduktion des Landes weitgehend auf der Ebene literarische Kultur festgehalten wurde.

„...das Land der Dichter und Denker“?

Mit den letzten Überlegungen ist bereits der Blick zurück in die Frühgeschichte der literarischen Intelligenz in Deutschland eröffnet. Entscheidendes an den Verirrungen der DDR-Intellektuellen (und nicht minder von uns Westdeutschen) hat nur bedingt mit vier Jahrzehnten DDR zu tun und viel mehr mit über zwei Jahrhunderte lang überlieferten Schief lagen und Hypotheken des Zivilisationsprozesses in Deutschland. Die prägenden Strukturen der deutschsprechenden Intelligenzschicht, um „deretwillen man Deutschland als das Land der Dichter und Denker bezeichnet hat“<sup>xviii</sup>, entstanden - hierin folge ich Norbert Elias, Wolf Lepenies und anderen - in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. „Bürgerliche Elemente“ - so schreibt Elias - „gewinnen an Selbstbewußtsein, doch das Gefüge der

absoluten Staaten war völlig unerschüttert. Die bürgerlichen Elemente sind abgedrängt von jeder politischen Betätigung. Sie durften allenfalls selbständig 'denken und dichten', selbständig handeln durften sie nicht. In dieser Situation wird das Schreiben zur wichtigsten Entladung.“<sup>xix</sup>

Freilich, so hat Elias erkannt, verfügte diese Intelligenzschicht nicht über ein „breites bürgerliches Hinterland. [...] Die schreibende, deutsche Intelligenz schwebte also etwas in der Luft.“<sup>xx</sup> Dieser Befund ist entscheidend und bleibt es auch für den weiteren Gang der deutschen Geschichte. Schon die (nicht mehr hintergehbare) gesellschaftliche Arbeitsteilung hatte Erfahrungsfundus und Praxisräume von Angehörigen der Intelligenz rapide beschnitten und die Bildung abstrakter, „hochfliegender“ Begriffe und Prospekte begünstigt. Der deutsche Sonderweg einer radikalen Ausgrenzung dieser neuen mittelständischen Intelligenz hat die ohnehin sich anbahnenden (und allerorten anzutreffenden) déformations professionnelles der Intellektuellen verschärft.

Nirgendwo anders waren die kulturellen Ideen und Ideale der literarischen Intelligenz so bodenlos tief und utopisch hoch zugleich. Nirgendwo sonst machten sich Intellektuelle so allum-

fassend zu angemäßen Stellvertreter-Subjekten, die nun (mit Jean-François Lyotard zu sprechen) „vom Standpunkt des Menschen, der Menschheit, der Nation, des Volkes, des Proletariats, der Kreatur oder einer ähnlichen Entität aus“ dachten und ihre „großen Erzählungen“, ihre utopischen Konzepte für beliebige Kollektivsubjekte entwarfen.<sup>xxi</sup> Nirgendwo sonst feierte das sogenannte „reine Denken“ so fragwürdige Triumphe wie in 2000 Jahren deutscher Intellektuellengeschichte. Auf sie verweist Heiner Müllers hölderlinisierende Charakterisierung des Ödipus im Zustand der Selbstblendung: „denn süß ist wohnen / Wo der Gedanke wohnt, entfernt von allem.“<sup>xxii</sup>

## Dichten anstatt Handeln

Es fällt nicht schwer, in diesen historisch erzeugten Deformationen der literarischen Intelligenz in Deutschland noch die der Literaten und Intellektuellen unserer Tage, und eben speziell aus der DDR, wiederzuerkennen. Zwar mußten sie keine Hofmeister, Pfarrer und



Hauslehrer mehr sein, aber immer noch mußte Dichten Handeln ersetzen, wurde „Schreiben zur wichtigsten Entladung“. Zumal nach der Ernüchterung ihrer kühnsten Hoffnungen, Seit an Seite mit der Partei der Arbeiterklasse das Traumbild des Kommunismus zu entschleiern, waren die DDR-Intellektuellen in extremer Weise auf sich und ihre treue Lesergemeinde zurückgeworfen. Schon in diesen letzten 20 Jahren nistete sich die Melancholie, die Trauer um das verlorene Objekt der Begierde in ihnen ein. Freilich wurde diese Melancholie bei vielen (Geliebten) noch erfolgreich kompensiert durch die abstrakte Konservierung der Utopie des „wahren Sozialismus“. Diese Utopie wurde in einem Schrein verschlossen und damit um so reiner bewahrt, sauber abgetrennt vom gelebten Schreckbild des wirklichen Sozialismus. Und so erklärt sich ein - ich wiederhole: geschichtsblinder, mythologischer - Text wie „Für unser Land“ vom Ende November des Jahres 1989.

#### Im süßen Zustand der Melancholie

Es wäre möglich, aus den zurückliegenden zwei Jahrhunderten - und zumal aus den letzten 80 Jahren - eine Vielzahl fataler Fehlleistungen deutscher Intellektueller zu benennen, die die hier behauptete Neigung (deutscher) Intellektueller zu folgenreichen Verkennungen der Wirklichkeit belegen. Ich will hier nur stellvertretend an zwei Kardinalbeispiele solcher Intellektuellen-Hypertrophie erinnern, nämlich Gottfried Benns enthusiastische Anrufung und Verklärung des NS-Staates vom April 1933 einerseits<sup>xxiii</sup> und Heinrich Manns Loblied auf den „Intellektuellen Stalin“ und die „reinigende“, „entsündigende“ Kraft der Moskauer Prozesse andererseits (schrecklich nachzulesen in dem Buch „Ein Zeitalter wird besichtigt“ von 1945).<sup>xxiv</sup> Und Heinrich Mann steht hier nur für viele, allzu viele Linksintellektuelle, die die Prozesse und Lager verteidigt oder zumindest beredt beschwiegen haben. Immerhin könnte es tröstlich sein, vergleichend wahrzunehmen, daß deutsche Intellektuelle in früheren Zeiten sehr viel schwerer geirrt haben als in den letzten 40 Jahren. Man denke auch an den Kriegsausbruch im Sommer 1914, der z.B. Gerhart Hauptmann, Arnold Zweig, Alfred Döblin oder Rudolf Leonhard zu chauvinistischen Haßausbrüchen und blutrünstigen Phantasien hinriß, von der weniger militanten Kriegsbegeisterung Thomas Manns und Robert Musils, Hugo von Hofmannsthals und Max Schelers - und zahlloser Wissenschaftler, Universitätsgelehrter - ganz zu schweigen. Nein, die Verirrungsgeschichte der deutschen (literarischen) Intelligenz ist lang, und ihr letzter Abschnitt - vier Jahrzehnte Ost, vier Jahrzehnte West -, dieser letzte Abschnitt gehört beileibe nicht zu den fatalsten. Aber er reiht

sich immerhin in eine Irrtumskette „hochfliegenden“, abstrakt utopischen Denkens, unter dessen Diskrepanz zur Wirklichkeit seine Urheber heute am meisten selber zu leiden haben. Auf diesen noch andauernden aktuellen status melancholicus prominenter DDR-Intellektueller will ich abschließend noch kurz eingehen. Dieser Status ist eigentlich immer noch am besten von Sigmund Freud her zu erklären. In seinem Aufsatz „Trauer und Melancholie“ versteht er letztere zunächst homolog zur Trauer als „Reaktion auf den Verlust einer geliebten Person oder einer an ihre Stelle gerückten Abstraktion wie Vaterland, Freiheit, ein Ideal usw.“ Von der Trauer unterscheidet die Melancholie als „krankhafte Disposition“ aber im weiteren, daß das verlorengegangene Liebesobjekt „durch eine halluzinatorische Wunschpsychose“ festgehalten werde; verständlicher gesagt: daß der Melancholiker den Verlust des Objekts seiner Begierde (und sei es ein mehr ideelles, sprich: der utopische Sozialismus) nicht wahrhaben will. Die Folgen sind, möglicherweise, eine „außerordentliche Herabsetzung des Ichgefühls“<sup>xxv</sup> und das Ressentiment (als fruchtlos immer wieder in sich zurückkehrendes Anti-Gefühl ohne wirklichen Objektbezug). Man mag, wie kürzlich Wolf Lepenies, dem Intellektuellen und mit ihm dem Dichter generell zugestehen (müssen), Melancholiker zu sein.<sup>xxvi</sup> Immer wird er, aus pragmatischen Handlungszwängen tendenziell freigesetzt, dazu neigen, vom moralisch Wünschbaren gegenüber dem aktuell und pragmatisch Machbaren zu träumen. Der Intellektuelle, wo er denn nicht zum reinen Experten schrumpft, ist und bleibt konstitutioneller Utopiker und damit auch konstitutioneller Melancholiker. Weiß er dies und reflektiert es auf einer zweiten Ebene ständig mit, kann er sich möglicherweise vor den bodenlosesten Irrtümern künftig besser schützen. Aber gewiß: Dies ist auch nur die zaghafte Hoffnung eines Intellektuellen, der mühselig versucht, einmal etwas anderes zu tun als - frei nach Brecht - seine nächsten Irrtümer vorzubereiten.<sup>xxvii</sup>

Lothar Probst

Mythen und Legendenbildungen: Intellektuelle Selbstverständnisdebatten nach der Wiedervereinigung

Vorbemerkung

Der Prozeß der deutschen Einheit hat allen Beobachtern ein überzeugendes Beispiel dafür gegeben, daß die politisch handelnden Subjekte in bestimmten historischen Situationen sich nur wenig oder gar nicht um die Warnungen und Meinungen ihrer vermeintlichen intellektuellen Für- und Vorsprecher kümmern. Weder die intellektuelle Avantgarde der DDR, die auf der Demonstration am 4. November 1989 in Ostberlin die Eigenständigkeit der DDR beschworen hat, noch die intellektuellen Mahner aus dem Westen wie Günter Grass oder Walter Jens, die vor der Wiedervereinigung als „geschichtsferner Traum“<sup>xxviii</sup> gewarnt haben, konnten die Mehrheit der DDR-Bürgerinnen und -Bürger im Spätherbst 1989 von der Überzeugung abbringen, daß sie zusammen mit den Westdeutschen „ein Volk“ sind. Wenn ich mich eingedenk dieser Tatsache in dem folgenden Beitrag an dem Versuch einer Diagnose intellektueller Kontroversen in Deutschland nach der Wiedervereinigung beteilige, dann nicht, weil ich der Meinung bin, daß intellektuelle Diskurse in modernen Mediengesellschaften besonders geschichtsmächtig sind, sondern weil sie unabhängig von ihrer tatsächlichen politischen Wirksamkeit Auskunft über die Art und Weise geben können, in der eine Gesellschaft ihr Selbstverständnis diskutiert. Eine zweite relativierende Anmerkung halte ich gleich am Anfang für notwendig: Eine Diagnose intellektueller Kontroversen muß zwangsläufig fragmentarisch und subjektiv ausfallen, denn es wird immer schwieriger einen Überblick über die Vielzahl intellektueller Richtungen, Fraktionierungen und Positionen zu behalten. Längst ist die von Jürgen Habermas in einem anderen Kontext konstatierte „Neue Unübersichtlichkeit“ auch zum Kennzeichen intellektueller Debatten geworden. In vielerlei Hinsicht hat der Prozeß der deutschen Einheit den Zerfall ideologisch festgefügtter Lager verstärkt und zu einer weiteren Ausdifferenzierung der Diskurse geführt. Immer weniger gelingt es - vielleicht charakterisiert dies am deutlichsten die Veränderungen in der traditionell stark polarisierten Diskussion deutscher Intellektueller - Positionen eindeutig auf der Rechts-Links-Achse zu verorten, und auch der Versuch, dieses Raster durch eine Ost-West-Achse zu ersetzen, ist meines Erachtens wenig überzeugend. Gleichwohl sind in bezug auf eine Bewertung der deutschen Vergangenheiten und in der Diskussion über die

zukünftige politische Gestalt Deutschlands immer noch genügend ideologische Unterschiede und politische Kontroversen vorhanden, um sie zum Gegenstand einer sowohl aktuellen als auch historisch rückblendenden Analyse zu machen. Dabei werde ich insbesondere der Frage nachgehen, welche Mythen über die richtigen Lehren aus der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus, die sich nach 1949 in beiden deutschen Staaten entwickelt haben, in der gegenwärtigen Diskussion über die Zukunft des vereinten Deutschlands weiterwirken und sich mit neuen Legendenbildungen vermischen.

Vergangenheitsaufarbeitung als Zukunftsbewältigung ?

Während der Streit auf der politischen Bühne des vereinten Deutschlands sich vordergründig um die Finanzierung der Einheit, die Bewältigung des industriellen Strukturwandels im Osten und die sozialverträgliche Verteilung der Folgekosten dreht, ist der Ausgangspunkt der meisten intellektuellen Debatten die Frage, wie Deutschland im Verhältnis zu seiner Vergangenheit seine zukünftige politische Rolle definieren soll. Alle großen intellektuellen Kontroversen über die gegenwärtige deutsche Politik - z.B. über die Asylpolitik, die Beteiligung der Bundesrepublik an internationalen militärischen Einsätzen, den Umgang mit rechtsradikalen und rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien - haben deshalb ihr eigentliches historisches Bezugsdatum nicht im Jahr 1989, sondern im Jahr 1933. Am deutlichsten wird diese Form der Historisierung in den warnenden Stimmen derjenigen, die die jetzige Situation in Deutschland mit dem Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung vergleichen - wie es Carola Stern auf der Jahrestagung des westdeutschen PEN vor kurzem erst wieder getan hat.<sup>xxix</sup> Unabhängig davon, ob man diese hypertrophe Dramatisierung der Situation teilt, bleibt angesichts der Zäsur, die das nationalsozialistische Terrorregime in der Geschichte der europäischen Völker bedeutet hat, der Bezug zu diesem Kapitel deutscher Geschichte unverzichtbar. Die Tatsache aber, daß die intellektuellen Kontrahenten in zum Teil scharfen Auseinandersetzungen ganz unterschiedliche Lehren aus diesem Erbe gesamtdeutscher Geschichte ziehen, ist ein Hinweis dafür, daß es - zumindest in

der Selbstwahrnehmung der streitenden Akteure - um die kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft geht. Denn noch immer gilt: Wer die Definitionsmacht über die Vergangenheit hat, besitzt auch einen Teil der Macht über Gegenwart und Zukunft. Werner Bohleber hat in diesem Zusammenhang treffend darauf hingewiesen, daß „die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre [...] offen oder verdeckt auch darum geführt werden, welche nationalen Traditionen und Symbole wiederbelebt und zum Bestandteil einer kollektiven Identität werden“.<sup>xxx</sup>

Doch die Ausgangsvoraussetzungen für das Projekt „Vergangenheitsaufarbeitung als Zukunftsbewältigung“ (Michael Brie) sind seit der Wiedervereinigung andere geworden. Ging es vorher darum, welcher der beiden deutschen Staaten die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat, so muß sich jetzt - zumindest lautet so die Forderung eines Teil der intellektuellen Öffentlichkeit - jede Vergangenheitsbewältigung „danach beurteilen lassen, welchen Beitrag sie zu einem besseren Deutschland leistet.“<sup>xxxi</sup> Dabei geht es nicht mehr allein um das Erbe des Nationalsozialismus, sondern um eine Bilanz von 40 Jahren DDR und Bundesrepublik. Die Frage, wie diese Vergangenheiten ineinander und miteinander verwoben sind und jeweils bewertet werden sollen, ist selbst Gegenstand heftiger Debatten und Teil der Legenden, die sich in der deutschen Nachkriegsgeschichte herausgebildet haben.

### Antikommunismus versus Antifaschismus

Besonders in der ersten 30 Jahren ihrer Existenz haben die beiden deutschen Staaten wechselseitig nach Legitimationsstrategien gesucht, um sich der internationalen Völkergemeinschaft nach dem Holocaust als das bessere Deutschland zu präsentieren. Antifaschismus und Antikommunismus wurden in dieser Zeit zu emotional aufgeladenen und komplementären Identifikationsmustern mit dem jeweils eigenen Staat. Die DDR reklamierte für sich, die Tradition des antifaschistischen Widerstandes als „Staatsgeschichte weiterzuschreiben“.<sup>xxxii</sup> Das Paradigma vom Antifaschismus trat als einheits- und

sinnstiftende Klammer an die Stelle eines fehlenden nationalstaatlichen Integrationsmodus und wurde zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Erziehung und der öffentlichen Selbstdarstellung. Dabei waren, wie Annette Simon angemerkt hat, „die Geschichten von den gemordeten Antifaschisten [...] die Heldensagen der DDR“.<sup>xxxiii</sup> Die mit der sowjetischen Militäradministration abgestimmten Entnazifizierungsmaßnahmen, die sofort eingeleitete Enteignung industriellen Privateigentums und ländlichen Großgrundbesitzes und die Unterstützung durch eine Reihe aus dem Exil heimgekehrter deutscher Intellektueller sollten den Eindruck unterstreichen, daß die DDR die richtigen Lehren aus dem Nationalsozialismus gezogen hatte. Die Schuld an den Verbrechen des nationalsozialistischen Terrorregimes wurde in den kapitalistischen Westen verlagert. Dort setzte, im Sprachgebrauch der Propaganda der SED, der „Adenauerfaschismus“ das unheilvolle Erbe des Nationalsozialismus fort. In dieser Weise trug die offizielle Geschichtsschreibung in der DDR dazu bei, die Deutschen im Osten aus ihrer Mitverantwortung für den Nationalsozialismus zu entlassen.

Die politischen Eliten in der Bundesrepublik verstanden es auf andere Weise, das Erbe des Nationalsozialismus erfolgreich zu verdrängen. Obwohl sich die Bundesrepublik 1949 im staatsrechtlichen Sinne als Nachfolgestaat des Nationalsozialismus mit gesamtdeutschem Anspruch konstituierte, wurde durch die Parole von der „Stunde Null“ unterstellt, daß ein unbelasteter Neuanfang möglich sei. Die politische Führung unter Adenauer funktionalisierte die bereits von der nationalsozialistischen Propaganda geschürten antibolschewistischen Ressentiments, um die Bundesrepublik vom „kommunistischen Totalitarismus“ in der DDR abzugrenzen und sich durch das Bekenntnis zum freien Westen auf die Seite der „richtigen“ Sieger zu stellen. Von der Mehrheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung wurde diese Entlastungsstrategie nur allzu gerne angenommen.

Mythen der Vergangenheitsbewältigung

Diese grob skizzierte Selbstdarstellung der beiden deutschen Teilstaaten hat bis in die Gegenwart hinein auch die intellektuellen Debatten über die Frage, welches das bessere Deutschland sei, beeinflußt. Noch in den Tagen des politischen Umbruchs herrschte unter den meisten ostdeutschen, aber auch bei vielen westdeutschen Intellektuellen aus dem linken Lager die Auffassung vor, daß die DDR trotz aller demokratischen Defizite das antifaschistische Vermächtnis besser verwirklicht habe als die Bundesrepublik. Die Bundesrepublik mit ihrer kapitalistischen Grundausrichtung und ihrer „formalen bürgerlichen Demokratie“ stand in diesen Teilen der politischen Öffentlichkeit unter prinzipiellen Faschismusverdacht, während die DDR als deformierter sozialistischer Staat mit eigentlich gutem Kern wahrgenommen wurde. Bei einer differenzierten Betrachtungsweise der Entwicklung zwischen 1949 und 1989 lassen sich diese vereinfachenden Geschichtsbilder über den Umgang der beiden deutschen Teilstaaten mit der gemeinsamen nationalsozialistischen Vergangenheit kaum aufrechterhalten. Als die Bundesrepublik Deutschland und die DDR gegründet wurden, wirkte in beiden Teilen, auf je unterschiedliche Art und Weise, das Erbe der nationalsozialistischen Diktatur weiter.

Die Geschichte der Bundesrepublik ist durch verschiedene Stufen der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gekennzeichnet. Das in den Gründerjahren proklamierte Projekt der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ war zunächst durch ein repressives innenpolitisches Klima geprägt und diente in seiner antikommunistischen Ausrichtung der Verdrängung des nationalsozialistischen Erbes. Hinzu kam, daß es während der Adenauer-Ära besonders in der Justiz, aber auch in Teilen der politischen Administration und der Erziehungsinstitutionen eine erschreckende personelle Kontinuität zur Nazi-Zeit gab. Die in der Nachfolge der Alliierten begonnene rechtlich-institutionelle „Vergangenheitsbewältigung“ war so halbherzig, daß 1951, dem ersten Jahr, in dem die bundesrepublikanische Justiz in eigener Souveränität über nationalsozialistische Kriegsverbrecher urteilen konnte, ganze 21 Urteile gefällt wurden. Erst 1958 wurde bei den Landesjustizverwaltungen eine Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen eingerichtet. In diesem politisch und gesellschaftlich konservativen Klima der vom Kalten Krieg geprägten Nachkriegsjahre konnten sich liberale und linke Auffassungen, die eine grundlegende Erneuerung der politischen Kultur forderten, in der Öffentlichkeit kaum Gehör verschaffen. Erst im Verlaufe der sechziger Jahre wurde der Konservatismus der Gründerjahre allmählich

überwunden, und es setzte unter dem Einfluß der ersten Nachkriegsgeneration ein Prozeß der Ausdifferenzierung der politischen Kultur in der Bundesrepublik ein. Insbesondere durch die kulturellen und politischen Anstöße der 68er-Bewegung erfolgte ein nachhaltiger Wertewandel, der weit über das ursprüngliche Milieu der Studentenbewegung hinaus die westdeutsche Gesellschaft beeinflußt hat. Erziehungsvorstellungen, Lebensstile und Lebensgewohnheiten haben sich seitdem im Westen Deutschlands radikal verändert. In diese Zeit fiel auch der Beginn einer neuen Stufe der „Vergangenheitsbewältigung“, die sich als politisch-moralische Auseinandersetzung zwischen den Generationen über die deutsche Verantwortung für den Holocaust darstellte und zur Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus beigetragen hat. Ein dritte Stufe in diesem Prozeß, in der große Teile der westdeutschen Bevölkerung durch Fernsehfilme und eine ausführliche Berichterstattung in anderen Medien zum ersten Mal umfassend über die Geschichte der Judenverfolgung und die Greuelthaten der Nazi-Diktatur informiert wurden, folgte in den späten siebziger und den achtziger Jahren. Diese öffentliche Auseinandersetzung trug zu einer Sensibilisierung relevanter Teile der Bevölkerung bei, und es kam im Rahmen von lokalen Geschichtswerkstätten und Oral-History-Arbeitsgruppen zum Teil selbst in ländlichen Gemeinden zu einer reflexiven Aneignung und Bearbeitung der bis dahin verdrängten Vergangenheit. Insofern kann man trotz der Verdrängungsmechanismen und der institutionellen Versäumnisse und Blockaden bei der Aufarbeitung der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik keinesfalls davon sprechen, daß es keine intensive Auseinandersetzung mit dem Erbe der Nazi-Diktatur gegeben habe. Auch der prinzipielle Faschismusverdacht gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik erweist sich angesichts der realen Entwicklung der westdeutschen Demokratie als ungerechtfertigt. Trotz der konservativen Prägung in ihren Gründungsjahren wurden - durch das von den Ideen der westlichen Demokratie inspirierte Grundgesetz - in der Bundesrepublik von Anfang an die institutionellen Voraussetzungen einer Zivilgesellschaft verfassungsmäßig verankert, auch wenn es erst der intensiven politischen Auseinandersetzungen über zwei Generationen hinweg bedurfte, um aus einer verordneten Demokratie einen entwickelten Rechtsstaat mit einem lernfähigen Institutionensystem zu schaffen.

Verglichen mit der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik schienen in der DDR durch die Entmachtung der wichtigsten Stützen des nationalsozialistischen Terrorregimes zunächst die



besseren Voraussetzungen für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft geschaffen worden zu sein. Dementsprechend wurde die Gründung der DDR in der eigenen Selbstdarstellung als die Errichtung der ersten „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ auf deutschem Boden gefeiert. Die politische Praxis aber war von Anfang an vom Stalinismus durchdrungen. Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD, die Internierung und zum Teil Liquidierung politischer Häftlinge in den Sonderlagern des NKWD bzw. in speziellen Zuchthäusern der DDR, die systematische Ausschaltung innerparteilicher Kritiker und oppositioneller Einstellungen, die brutale Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 - das sind nur einige Beispiele für die repressiven und undemokratischen Maßnahmen der Ulbricht-Regierung. Antifaschismus diente der DDR-Führung von Anfang an als Kampfbegriff zur ideologischen Formierung der Gesellschaft und der Abgrenzung nach innen und außen. Der Aufstand vom 17. Juni wurde als „faschistischer Putsch“ bezeichnet, der vom amerikanischen Imperialismus und westdeutschen Revanchismus gesteuert worden sei. Auch der Bau der Mauer, die bezeichnenderweise das Attribut „antifaschistischer Schutzwall“ bekam, wurde damit gerechtfertigt, daß die „revanchistischen Kreise“ Westdeutschlands die Einverleibung der DDR geplant hätten. Soweit Antifaschismus als Programm zur „ideologischen Erziehung der Massen“ eingesetzt wurde, ging es vor allem um die Darstellung des heldenhaften Widerstands der Kommunisten. Über den Alltag im Nationalsozialismus, die Ermordung von sechs Millionen Juden und über die kulturellen und sozialpsychologischen Phänomene der Hitler-Ära erfuhren die nachwachsenden Generationen in der DDR sehr wenig. Die Ursachen für die Entstehung des Nationalsozialismus wurden allein auf den Einfluß des Finanzkapitals, der Schwerindustrie und der Großgrundbesitzer zurückgeführt. Daß die Mehrheit der Deutschen, darunter auch die meisten Bürgerinnen und Bürger der DDR, Hitler millionenfach zugejubelt hatten, kam in dieser Art der Geschichtsschreibung nicht vor. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus blieb vor diesem Hintergrund oberflächlich und auf ideologisch-instrumentelle Erklärungsmuster beschränkt. Gleichzeitig wurden durch die faktische Übernahme und Konservierung antidemokratischer, autoritärer und obrigkeitstaatlicher Verkehrsformen bereits im Nationalsozialismus abgeforderte Verhaltensweisen - nur mit anderem ideologischen Vorzeichen - weiter verfestigt. Unterordnung unter die Partei bzw. das Kollektiv, Verzicht auf Individualität, Liebe zum sozialistischen Vaterland, Wehrbereitschaft gegenüber dem imperialistischen Feind und eine sozialistische Arbeitsmoral - das waren insbesondere in der Anfangszeit die Werte, denen der einzelne zu folgen hatte, wenn er nicht als Konterrevolutionär abgestempelt werden wollte. Auch die politischen Symbole wechselten

zwar ihren Inhalt, aber nicht die Form: die Massenaufmärsche, die Pionierlager der FDJ, die schneidenden Agitationsreden gegen politische Gegner. Zieht man vor diesem Hintergrund eine Bilanz, so muß man zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Behauptung vom „antifaschistischen Charakter der DDR“ Teil einer politischen Legende ist.

Die Tatsache, daß diese Legende unter den meisten ostdeutschen, aber auch bei vielen westdeutschen Intellektuellen jahrzehntelang Bestandteil der unverrückbaren politischen Überzeugungen gewesen ist und in den aktuellen Debatten über Deutschlands Zukunft erneut ein wichtige Rolle spielt, bedarf der Erklärung. Besonders bei denjenigen DDR-Intellektuellen, die den Nationalsozialismus noch als Kinder oder junge Menschen erlebt hatten, zum Teil als naiv Gläubige oder Mitläufer, führten Schuldbewußtsein, Scham und der Wunsch nach Entlastung zu einer Art Treueschwur zu ihrem neuen „antifaschistischen Deutschland“. Keine geringere als Christa Wolf hat dies in dem 1990 erschienenen Sammelband „Im Dialog“ treffend zum Ausdruck gebracht:

„Meine Generation identifizierte sich schon früh mit der entstehenden Gesellschaft, weil wir hier in den vierziger Jahren gezwungen waren, uns intensiv und radikal mit der faschistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen, schärfer als das in der Bundesrepublik der Fall war. Das hat eine starke Bindung an diese Gesellschaft geschaffen, die ja durch Antifaschisten aufgebaut wurde. Diese Bindung blieb so dauerhaft, weil wir keine Alternative sahen.“<sup>xxxiv</sup>

Offensichtlich hatte der Antifaschismus in der DDR als „wirksam inszenierter Legitimationsmythos“<sup>xxxv</sup> eine so starke loyalitätsstiftende Wirkung auf große Teile der literarischen und wissenschaftlichen Intelligenz, daß es in der DDR nicht wie in anderen Ländern Osteuropas schon in den achtziger Jahren zu einer auch von der Intelligenz getragenen Bürgerrechtsbewegung kam, die die Überwindung der kommunistischen Diktatur zum Ziel hatte. In nahezu allen Gründungserklärungen der DDR-Bürgerrechtsgruppen aus dem Herbst 1989 findet man positive Bekenntnisse zur Fortsetzung der antifaschistischen Traditionen der DDR, ohne, daß diese hinterfragt werden. Auch jenseits der Grenzen der DDR übte die antifaschistische Aura eine bemerkenswerte Faszination aus. Für viele westliche Linke war die DDR zwar keinesfalls das Land der eigenen sozialistischen Träume,

aber man sprach ihr dennoch einen antifaschistischen Bonus zu. Trotz aller Kritik an ihren Demokratiedefiziten verkörperte sie im ideellen Sinne doch das „Andere zum Kapitalismus“.

Im Verhältnis zur Langlebigkeit des Mythos vom Antifaschismus der DDR hat dagegen das in den Gründungszeiten der Bundesrepublik von rechts instrumentalisierte Totalitarismus-Paradigma in bezug auf die DDR bereits in den sechziger Jahren an Einfluß verloren. Ein großer Teil der linken und liberalen Öffentlichkeit lehnte das Totalitarismus-Paradigma als antikommunistischen Kampfbegriff prinzipiell ab und machte sich dafür stark, die Bundesrepublik und DDR nach „objektiven“ Kriterien miteinander zu vergleichen. Tatsächlich setzte sich Anfang der siebziger Jahre nach der 68er-Studentenbewegung und der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition in Teilen der Öffentlichkeit ein differenzierteres Bild von der DDR durch, während Antikommunismus als politische und ideologische Einstellung zunehmend verpönt war. Die Forderung „Weg mit der Mauer“ galt zunehmend als revanchistisch und reaktionär. Insofern hatte der „Anti-Antikommunismus“ in der Spätphase der Bundesrepublik über die Totalitarismustheorie gesiegt, wie Cora Stephan pointiert kommentiert hat.<sup>xxxvi</sup>

## Das Tabu des Vergleichens

Angesichts dieser Abgrenzung vom Totalitarismusbegriff und der Fixierung vieler ost- und westdeutscher Intellektueller auf den antifaschistischen Charakter der DDR kann es nicht überraschen, daß in den gegenwärtigen Kontroversen über eine Bewertung der deutschen Vergangenheiten vor allem zwei - miteinander verbundene - Fragen im Zentrum stehen: 1. Darf man die DDR mit dem Nationalsozialismus vergleichen? 2. Wird durch die Konzentration der öffentlichen Auseinandersetzung auf die DDR-Vergangenheit die nationalsozialistische Vergangenheit verdrängt?

Ich werde mich zunächst der letzten Frage zuwenden und dabei untersuchen, welche Argumentationsmuster in den intellektuellen Debatten anzutreffen sind. Die Forderung nach einer schonungslosen Aufklärung und Aufarbeitung der „DDR-Diktatur“ ist am entschiedensten von einigen ostdeutschen Bürgerrechtlern in die öffentliche Diskussion eingebracht worden. Wolfgang Ullmann, Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Thierse, Wolfgang Templin, Gerd und Ulrike Poppe und einige andere hatten in einem Aufruf für ein „Tribunal zur DDR-Vergangenheit“<sup>xxxvii</sup> das Anliegen formuliert, die Strukturen der „Staatskriminalität“ der DDR jenseits der Möglichkeiten rechtsstaatlicher Ahndung aufzudecken und zu diskutieren. Die Tatsache, daß ein Teil der Medien und der politischen Öffentlichkeit die Aufarbeitung dieser Staatskriminalität auf die persönliche Verstrickung einiger Künstler, Wissenschaftler und Politiker der DDR mit der Staatssicherheit reduziert hat, bestärkte eine Reihe ost- und westdeutscher Intellektueller in dem Verdacht, daß die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit von den rechtskonservativen Kräften in der Bundesrepublik dazu genutzt werden soll, die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus zu verdrängen. Jürgen Elsässer hat in einem Beitrag über antisemitische Tendenzen in Deutschland diese Befürchtungen auf den Punkt gebracht, indem er feststellte:

„In der Stasi-Debatte kam die Neubewertung der Nationalgeschichte zu einem vorläufigen Höhepunkt. Das eigentlich berechtigte Anliegen ehemaliger Bürgerrechtler, die Repressionsgeschichte der DDR aufzuarbeiten, ging eine unheimliche Allianz mit der deutschnationalen Entschuldungsstrategie ein.“<sup>xxxviii</sup>

Für diejenigen deutschen Intellektuellen aus Ost und West, die bereits der Wiedervereinigung skeptisch gegenüberstanden, hat sich diese Argumentation mit einem weiteren Vorwurf vermischt, nämlich, daß die DDR-Vergangenheitsaufarbeitung durch den „kolonialistischen Westen“ einzig und allein den Zweck verfolge, den bereits während der Herbstrevolution entmündigten DDR-Bürgern den letzten Rest an Identität zu nehmen, um sie reibungsloser den Regeln der westdeutschen Verhältnisse unterwerfen zu können. Stichworte dieses Vorwurfes lauteten z.B.: Vernichtungsaktion gegen 16 Millionen Ostdeutsche, Hexenjagd, Inquisition und Intellektuellenhatz. Eine empirische Bestandsaufnahme der öffentlichen Auseinandersetzung über die DDR-Vergangenheit gibt allerdings nur wenige Hinweise auf die Berechtigung dieser Vorwürfe. Die Versuche einiger weniger Meinungsmacher, die öffentliche Meinung in Deutschland auf ein Stasi-Feindbild einzuschwören, verblasen

gegenüber den differenzierten und sich um Einfühlung bemühenen Stellungnahmen in der Mehrheit der gesamtdeutschen Öffentlichkeit. Selbst der Bundespräsident hat in vielen öffentlichen Stellungnahmen davor gewarnt, die Bürger der DDR zu Komplizen der Diktatur abzustempeln und sich in Überlegenheitsgefühlen zu baden. Auch die politische Klasse in Bonn zeigt relativ wenig Ehrgeiz, die öffentliche Debatte über die DDR-Vergangenheit anzuheizen, zumal - wie schon die Erfahrungen nach 1945 gezeigt haben - eine ausufernde Debatte über Vergangenheitsbewältigung beim Strukturwandel im Osten eher schaden als nutzen kann. Auf der institutionellen Ebene schließlich gibt es einige wenige Einrichtungen wie die Gauck-Behörde in Berlin und die Enquete-Kommission des Bundestages zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die zum Teil erst auf Drängen der DDR-Bürgerrechtler ins Leben gerufen wurden und sich um eine sehr sachliche Arbeit bemühen. Die Versuche, einige der DDR-Verantwortlichen für begangenes Unrecht nach den Maßstäben bundesdeutschen Rechts haftbar zu machen, sind bekanntlich erst recht kläglich gescheitert.

Genausowenig lassen sich in dem Streit über die DDR-Vergangenheit typische Muster einer Ost-West-Konfrontation ausmachen. Die Trennlinie verläuft nicht allein zwischen Ost und West, sondern geht quer durch beide Gesellschaften. Als der Rektor der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, beschuldigt wurde, jahrelang für die Staatssicherheit gearbeitet zu haben, entwickelte sich eine Solidaritätskampagne für ihn, an der sich nicht nur namhafte DDR-Schriftsteller wie Christa Wolf, Christoph Hein und Stefan Heym, sondern auch einflußreiche bundesdeutsche Intellektuelle wie Walter Jens und Günter Grass beteiligten. Umgekehrt waren es keinesfalls nur die Feuilletonisten der eher konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die die Aufklärung über die Stasi-Machenschaften betrieben haben, sondern ostdeutsche Bürgerrechtler und (ehemalige) Dissidenten wie Lutz Rathenow, Jürgen Fuchs, Freya Klier und der medienmächtige Wolf Biermann haben sich mehrfach für eine öffentliche Beschäftigung mit diesem Thema eingesetzt.

Auch für die Behauptung, daß durch die zeitweilige Konzentration der öffentlichen Debatte auf die DDR-Vergangenheit die Erinnerung an Auschwitz getilgt werden soll, finden sich in der gesamtdeutschen Realität kaum Belege. Seit der Wiedervereinigung hat es von intellektueller Seite bis auf wenige Ausnahmen keinen relevanten Versuch gegeben, das Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit aus dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen zu streichen. In den letzten zwei Jahren haben mehr öffentliche Gedenkveranstaltungen,

Museumseröffnungen und Tagungen zur Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft stattgefunden als in den Jahren vor der Wiedervereinigung. In gewisser Weise hat die öffentliche Debatte über das DDR-Unrechtsregime sogar der Auseinandersetzung über die Verbrechen des Nationalsozialismus neue Impulse gegeben, den die Stasi-Vergangenheit bringt, wie Jürgen Habermas zu Recht feststellt, „eine zweite Vergangenheit, die Nazi-Vergangenheit, wieder zum Vorschein.“<sup>xxxix</sup> Wenn angesichts dieser Voraussetzungen von einigen namhaften linken Intellektuellen dennoch hartnäckig behauptet wird, daß mit Hilfe der Stasi-Debatte die DDR nachträglich dämonisiert und die deutsche Geschichte „normalisiert“ werden soll, dann sind dahinter neue Legendenbildungen zu vermuten, die - wie der Mythos vom Antifaschismus der DDR - dazu dienen, sich einer ernsthaften Diskussion über Struktur und Charakter dieser zweiten Diktatur auf deutschem Boden nicht zu stellen.

Diese Vermutung wird vor allem durch den Umgang mit der Frage, ob man die SED-Diktatur mit der nationalsozialistischen Diktatur vergleichen darf, erhärtet. Während es im rechtskonservativen Spektrum einige Versuche gibt, die DDR als Ausgeburt des Stalinismus auf eine Stufe mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu stellen, ist unter vielen linken Intellektuellen schon der historische Vergleich beider Diktaturen ein Tabu - nicht zuletzt aufgrund der Befürchtung, daß damit der antifaschistische Kern der ehemaligen DDR in Frage gestellt werden soll. Natürlich kommt es ganz wesentlich darauf an, ob eine komparative Analyse der beiden Gesellschaften unter dem Gesichtspunkt „nivellierender Vergleiche zwischen der ersten und der zweiten Diktatur“<sup>xl</sup> erfolgt oder ob es darum geht, durch Vergleich partielle Ähnlichkeiten und Wesensunterschiede zwischen den beiden Diktaturen herauszuarbeiten - wie z.B. der Historiker Eberhard Jäckel fordert. Die Gleichung DDR = Stalinismus = Nazismus knüpft an die politisch instrumentalisierten Traditionen einer undifferenzierten Totalitarismustheorie an und ist in mehrfacher Hinsicht historisch unhaltbar. Habermas und Jäckel verweisen darauf, daß die DDR nur in ihren ersten Gründungsjahren unter dem indirekten Diktat des sowjetischen Despoten stand und nie die Auswüchse stalinistischen Terrors erlebt hat wie die Sowjetunion in den dreißiger Jahren. Trotz politisch motivierter Morde und Folterungen, trotz der Schüsse an der Mauer und des gigantischen Staatssicherheitsapparates, trotz der Verletzung elementarer Menschenrechte und der Verfolgung der politischen Opposition hat die DDR weder von der Größenordnung noch von der Qualität her Verbrechen zu verantworten, die denen des Nationalsozialismus gleichzusetzen sind. Schließlich wurde das DDR-Regime im Unterschied zur

nationalsozialistischen Diktatur von außen, unter der Hegemonie der Sowjetunion, installiert und von innen, durch eine demokratische Revolution, gestürzt. Hans-Peter Krüger bezweifelt vor diesem Hintergrund die Brauchbarkeit des Totalitarismusbegriffs für die zweite Lebenshälfte der DDR, in dem er argumentiert:

„[...] was war und ist nicht alles totalitär: Faschismus, Stalinismus, Neofaschismus, Neostalinismus, darunter auch die DDR. [...] Wozu führen die Gleichsetzungen der DDR mit den ursprünglichen Gegenständen der Totalitarismus-These? Sie führen zu einer Verharmlosung des originären Faschismus oder auch Stalinismus. Die DDR der siebziger und achtiger Jahre [...] war kein Ausgangspunkt expansionistischer Kriegsführung. Sie hatte weder KZs noch einen Archipel GULag.“<sup>xli</sup>

Gleichwohl stehen „die politischen Verbrechen der DDR“, wie Claus Leggewie und Horst Meier zu Recht bemerkt haben, „im doppelten Fluchtpunkt der totalitären Staatskriminalität nationalsozialistischer und stalinistischer Art, ohne dabei je ihre Qualität und Intensität zu erreichen.“<sup>xlii</sup> Insofern dient z.B. ein differenzierter Totalitarismusbegriff, wie er u.a. von ostdeutschen Bürgerrechtlern zur Charakterisierung der DDR gebraucht wird, nicht der Gleichsetzung von DDR und Nationalsozialismus, sondern er soll in Anknüpfung an die politischen Traditionen Hannah Arendts einen Typus von politischer Herrschaft kennzeichnen. Auch der Sozialismus in der DDR war ein System, das die ideologische, politische und organisatorische Unterwerfung des Individuums und der Gesellschaft unter den Monopolanspruch einer Partei und eines Staates betrieben hat und in diesem Anspruch „total“ war. Es kann also nicht darum gehen, einen „Schlußstrich“ unter die DDR-Geschichte zu ziehen - wie paradoxerweise viele derjenigen Intellektuellen fordern, die die Defizite der Bundesrepublik bei der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit beklagt haben -, sondern durch differenzierten Vergleich die spezifischen Strukturen dieser zweiten deutschen Diktatur zu erforschen. Die Tatsache, daß der historische Vergleich zwischen DDR und Nationalsozialismus so starke Abwehrreaktionen vor allem bei linken Intellektuellen hervorruft, läßt sich nur vor dem Hintergrund einer immer noch vorhandenen stillen Sympathie mit der untergegangenen DDR erklären. Denn daß die Methode des Vergleichens vielen linken Intellektuellen durchaus gebräuchlich ist, beweisen die häufigen Vergleiche zwischen dem Deutschland von 1993 mit dem Deutschland von 1933, obwohl die Koordinaten des wiedervereinigten Deutschland mit einer demokratisch gewählten Regierung, einer rechtsstaatlichen Struktur, einer in internationale Zusammenhänge eingebundenen

Außenpolitik und einer pluralistischen Gesellschaft sicherlich weit entfernt von der politischen Situation vor der Machtübernahme durch Hitler sind.

## Resümee und Ausblick

Die von mir aufgeführten Beispiele unterstreichen, daß sich die intellektuellen Formationen in Deutschland nach der Wiedervereinigung in einem Prozeß der Ausdifferenzierung und Umgruppierung befinden. Der Prozeß der deutschen Einheit zwingt rechte wie linke, ost- und westdeutsche Intellektuelle dazu, sich von alten Mythen zu befreien und neu zu orientieren. Der Abschied von den bisherigen Selbstgewißheiten fällt nicht immer leicht, denn die meisten Intellektuellen hatten sich politisch und psychologisch in der Zweistaatlichkeit eingerichtet und diese ein für allemal als gerechte Strafe für Auschwitz akzeptiert. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß auch nach 40 Jahren demokratischer Bundesrepublik das Mißtrauen in einen einheitlichen deutschen Nationalstaat immer noch schwer wiegt. Gegen dieses Mißtrauen spricht, daß - abgesehen von der euphorischen und verständlichen Freude über den Fall der Berliner Mauer - die Wiedervereinigung keine überschäumende nationale Begeisterung in Deutschland ausgelöst hat. Im Gegenteil: Bei vielen Westdeutschen überwog und überwiegt die Skepsis. Auch der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Ostdeutschen nach nationaler Einheit kann meines Erachtens nicht mit den nationalistisch aufgeladenen Zielen der deutschen Nationalstaatsbewegung des 19. Jahrhunderts verglichen werden. Für die meisten DDR-Bürger und Bürgerinnen war der gewünschte Vereinigung mit der Bundesrepublik eine hauptsächlich pragmatisch orientierte Entscheidung. „Sie wollten“, wie Joachim Gauck festgestellt hat, „die D-Mark, und sie wollten teilhaben an dem westlichen politischen System. Sie wollten raus aus dem Keller der Depression, der Minderverdienenden, der europäischen Stiefkinder. Sie sagten sich: Wir leben im Zentrum von Europa und wollen Anschluß haben an die Geistes-, Kultur- und Finanzwelt des westlichen Europa. Das stehe den Deutschen zu.“<sup>xliii</sup> Dabei bot sich den Ostdeutschen über eine schnelle nationale Vereinigung mit der Bundesrepublik die einmalige Chance, die Modernisierung einer zum



großen Teil vormodernen Ökonomie und Gesellschaftsstruktur mit tatkräftiger Unterstützung des westdeutschen Wohlfahrtsstaates in Angriff zu nehmen. Angesichts der aktuellen ökonomischen und sozialen Probleme des Transformationsprozesses herrscht heute eher Enttäuschung und Ernüchterung vor. Ich halte vor diesem Hintergrund die Behauptung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands von Anfang an im Zeichen der Kontinuität nationalistischen Denkens gestanden hat, für fragwürdig.

Ich denke, Wolf Lepenies hat die gegenwärtigen Probleme in der deutschen Selbstverständnisdebatte treffend charakterisiert:

„Deutschland [steht] vor dem schwierigsten Problem seiner Geschichte: es muß zu einem normalen europäischen Nationalstaat werden, der selbstbewußt genug ist, seine eigenen Interessen zu verfolgen, und zugleich bescheiden genug, um dies mit Augenmaß und Zivilität zu tun. Darauf sind wir nicht vorbereitet.“<sup>xliv</sup>

Ob Idee und Verfassung der Demokratie im wiedervereinigten Deutschland Bestand haben werden, hängt meiner Meinung nach von einer Reihe innen- und außenpolitischer Faktoren ab. Die politischen und sozialen Turbulenzen des Transformationsprozesses sind verglichen mit den osteuropäischen Nachbarstaaten eher gering, auch wenn sie nicht unterschätzt werden sollten. Trotz aller Schwierigkeiten bringt Deutschland relativ gute Voraussetzungen für ein Gelingen der Systemtransformation mit. Innenpolitisch bilden die in Jahrzehnten gewachsenen Strukturen eines demokratischen Rechts- und Wohlfahrtsstaates, der über zwei Generationen erfolgte Wertewandel, die Lernfähigkeit des politischen Institutionensystems und die Existenz einer kritischen Öffentlichkeit im Westen immer noch ein relativ solides Fundament für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft in ganz Deutschland. Außenpolitisch ist die bereits erreichte Integration und Verankerung des Westteils Deutschlands in die EG, die Nato und andere supranationale Organisationen ein nicht so schnell aufzubrechendes Bollwerk gegen einen Rückfall in nationalistische Alleingänge, zumal diese Zugehörigkeit zur westlichen Wertgemeinschaft von den bestimmenden politischen und wirtschaftlichen Kräften und Institutionen gewollt und verteidigt wird.

Gefahren drohen vor allem von zwei Seiten. Erstens: Aus der Krise der politischen Klasse hat sich mittlerweile eine latente Krise der Demokratie in Deutschland entwickelt. Politikverdrossenheit, Wahlenthaltung, Vertrauensschwund in die politischen Institutionen

sind Markenzeichen der gegenwärtigen Entwicklung geworden. Diese Krise könnte zum Rückfall in die alten Muster antiinstitutioneller Parteienkritik in Deutschland führen und damit einen Kernbereich demokratischer Verfassung in Frage stellen. Noch ist es den rechtsradikalen Demagogen nicht gelungen, den Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen hinreichend in ihr politisches Fahrwasser zu lenken, da ihnen vor allem im Bereich des öffentlichen und intellektuellen Diskurses der Einfluß fehlt. Verschiedene rechtsintellektuelle Zirkel versuchen aber seit längerer Zeit, in Anknüpfung an Antonio Gramscis Idee der „kulturellen Hegemonie“ den öffentlichen Diskurs über Fragen der Nation, der Ethnizität, der Vergangenheitsbewältigung und des Staates im Sinne einer geistig-politischen Wende zu beeinflussen. Wenn es der politischen Klasse und den Parteien in Deutschland nicht gelingt, die politische Initiative zurückzugewinnen und das politische System für Partizipationsbestrebungen jenseits der Parteienallmacht zu öffnen, könnte dies rechten Ideologien weiteren Auftrieb geben.

Zweitens: Zur Zeit steht die europäische Staatengemeinschaft vor einer ernststen Bewährungsprobe. Partikularistische nationale Interessen und Mißtrauen in die undemokratische, zentralistische Entscheidungsstruktur der europäischen Institutionen haben in den letzten Jahren antieuropäische Ressentiments befördert. Das erste dänische Votum gegen die Maastrichter Verträge und der knappe Ausgang des französischen Referendums für die Maastrichter Verträge unterstreichen das in relevanten Teilen der Bevölkerungen vorhandene Unbehagen an der von oben betriebenen europäischen Einigung. Bei einem Auseinanderfallen des mühsam erreichten Integrationsprozesses droht der Rückfall in nationalstaatliche Egoismen. Kurt Biedenkopf hat darauf hingewiesen, daß nach der Wiedervereinigung „die Projektion unserer Identität auf Europa, die bisher einen wichtigen Bestandteil des westdeutschen Selbstverständnisses ausgemacht hat, heute nicht mehr [trägt].“ Er schreibt:

„Die Zeit solcher Improvisationen ist vorbei. Die Europäer sagen nun, daß wir wieder, und unabweislich, eine Nation sind.“<sup>xlv</sup>

Ich denke, wir müssen ganz in diesem Sinne zunächst einmal von folgender Prämisse ausgehen: Der Nationalstaat wird vorläufig und mittelfristig seine Funktion als Bewegungsrahmen von Demokratie und Politik behalten, auch wenn es gelingt, nationale Egoismen durch supranationale Strukturen einzugrenzen. Eine nationalstaatlich organisierte

Politik muß nicht automatisch zu einem Rückfall in nationalistische Verhaltensweisen führen, denn ein heterogener Nationalstaat kann, wie Ralf Dahrendorf betont, auch zivilisierende Wirkung haben, wenn er den Prinzipien der Solidarität und der Weltbürgerschaft verpflichtet ist. Für Deutschland heißt das, an die positiven Traditionen anzuknüpfen, die sich in den letzten 40 Jahren herausgebildet haben: Außenpolitische Selbstbeschränkung und militärischer Gewaltverzicht in bezug auf strategische und ökonomische Nationalinteressen, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Pluralismus und Schutz von Minderheiten, ökologische Reformpolitik und sozialstaatlicher Interessenausgleich.

#### Anmerkungen

- i Zitiert nach Ch. Wolf: Im Dialog. Aktuelle Texte. Frankfurt/M. 1990. S. 170f.
- ii Braun, V.: Kommt Zeit, kommen Räte. In: M. Naumann (Hrsg.): Die Geschichte ist offen. DDR 1990: Hoffnung auf eine neue Republik. Reinbek 1990. S. 16f., 18, 20.
- iii Lepenies, M.: Fall und Aufstieg der Intellektuellen in Europa. In: Neue Rundschau 102 (1991), Heft 1, S. 14.
- iv Uwe Johnson in dem Gespräch: „Sie sprechen verschiedene Sprachen.“ Schriftsteller diskutieren. In: alternative 7 (1964) Heft 38/39, S. 98
- v Bohrer, K.H.: Kulturschutzgebiet DDR? In: Merkur Nr. 500 (1990), S. 1015 bis 1018.

- vi Hörisch, J.: Das Vergehen der Gegenwartsliteratur. In: Merkur Nr. 502 (1991), S. 89.
- vii Vgl. Wege, C.: Thesenpapier zum DFG-Projekt „Literarischer Technikdiskurs in der DDR“. Unveröffentlichtes Manuskript. Bremen 1993. S. 2.
- viii Bahro, R.: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Frankfurt/M. 1977. S. 378.
- ix Ebenda, S. 370 f.
- x Simon, A.: Antifaschismus als Loyalitätsfalle. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Februar 1993.
- xi Deicke, G.: Die jungen Autoren der vierziger Jahre. In: Sinn und Form 39 (1987), Heft 3, S. 644.
- xii Fühmann, F.: Zweiundzwanzig Tage oder die Hälfte des Lebens. In: Ders.: Das Judenauto (u.a. Texte). Rostock 1979. S. 478.
- xiii Wolfgang Kohlhaase in einem Gespräch mit der taz (Bremen) vom 17. Juni 1990.
- xiv Braun, V.: Der Mensch ohne Zugehörigkeit. In: Ders.: Verheerende Folgen mangelnden Anscheins innerbetrieblicher Demokratie. Frankfurt/M. 1988. S. 59 bis 62.
- xv Der Titel entstammt dem Gedicht „Brief“ von Heinz Czechowski aus der genannten Anthologie (Halle/S. 1966), S. 286.
- xvi Biermann, W.: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu. In: DIE ZEIT vom 24. August 1990.
- xvii Herzinger, R. / Preußner, H. P.: Die Resistenz der Bilder. Literatur als kulturphilosophische Kritik der Modernisierung. Aspekte einer Neubewertung der DDR-Literaturgeschichte. Unveröffentlichtes Manuskript (DFG-Antrag). Berlin 1992. S. 5.

- xxviii Elias, N.: Der Prozeß der Zivilisation. Bd. 1. Frankfurt/M. 1976. S. 17. - Vgl. auch Lepenies, W.: Melancholie und Gesellschaft. Frankfurt/M. 1969.
- xix Elias, N. (Anm. 18), S. 21.
- xx Ebenda, S. 32.
- xxi Vgl. Lyotard, J.-F.: Grabmal des Intellektuellen. Graz/Wien 1985, S. 10.
- xxii Heiner Müller, zitiert bei Wendt, E.: Moderne Dramaturgie. Frankfurt/M. 1974. S. 43 f.
- xxiii Vgl. Benn, G.: Der neue Staat und die Intellektuellen. In: Ders.: Gesammelte Werke. Bd. 1.
- xxiv Vgl. Mann, H.: Ein Zeitalter wird besichtigt. Berlin 1947. S. 34 und 121.
- xxv Freud, S.: Trauer und Melancholie. In: Ders.: Gesammelte Werke. Bd. X. Frankfurt/M. 1969. S. 429 und 430.
- xxvi Vgl. Lepenies, W.: Das Ende der Utopie und die Rückkehr der Melancholie. Blick auf die Intellektuellen eines alten Kontinents. In: M. Meyer (Hrsg.): Intellektuellendämmerung? Beiträge zur neuesten Zeit des Geistes. München 1992. S. 15 bis 26.
- xxvii Meine Überlegungen berühren sich an mehreren Stellen mit dem Vortrag meines Bremer Kollegen Klaus Städtke: Zwischen staatlicher Förderung und Leser-Erwartung. Hat die literarische Intelligenz in der DDR versagt? (erscheint in: Neophilologus, Jg. 1993). Ihm sei herzlich gedankt.
- xxviii Jens, Walter. „Plädoyer gegen die Preisgabe der DDR-Kultur“. In: Süddeutsche Zeitung 136 (1990). S. 14

- xxix Vgl. FAZ 113 (1993). S. 33
- xxx Bohleber, Werner. „Das Phantasma der Nation“. In: Psyche 8 (1992). S. 691
- xxxi Brie, Michael. „Drinne, Draussen und Ich“. In: Freitag 47 (1991). S. 3
- xxxii Grunenberg, Antonia. „Antifaschismus - ein deutscher Mythos“. In: DIE ZEIT 18 (1991)
- xxxiii Simon, Annette. „Ich und sie. Versuche, mir und anderen meine ostdeutsche Moral zu erklären“. In: Kursbuch 111 (1993). S. 28.
- xxxiv Wolf, Christa. Im Dialog: Aktuelle Texte. Frankfurt a.M. 1990. S. 134f
- xxxv Dubiel, Helmut. „Deutsche Vergangenheiten“. In: Transit: Europäische Revue 2 (1991). S. 170
- xxxvi Stephan, Cora. „Wir lieben sie doch alle: Über die geistige Wiedererrichtung der DDR“. In: Dies. [Hg.]. Wir Kollaborateure: Der Westen und die deutschen Vergangenheiten. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 26
- xxxvii Vgl. Frankfurter Rundschau 19 (1992). S. 11
- xxxviii Elsässer, Jürgen. „Wiedervereinigung mit der Vergangenheit“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1 (1993). S. 18
- xxxix Habermas, Jürgen. „Bemerkungen zu einer verworrenen Diskussion: Was bedeutet 'Aufarbeitung der Vergangenheit' heute?“ In: DIE ZEIT 15 (1992). S. 82
- xl Ebd.
- xli Krüger, Hans-Peter. „Eine Krake im Kampf mit sich selbst“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (13. Juni 1991). S. 35

xlii            Leggewie, Claus/Horst Meier. „Zum Auftakt ein Schlußstrich?“ In: Wir Kollaborateure: Der Westen und die deutschen Vergangenheiten. Hg. Cora Stephan. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 55

xliii        Gauck, Joachim. In einem bisher unveröffentlichten Interview mit dem Autor dieses Beitrages

xliv        Wolf Lepenies. „Zum Sprechen bringen: Für einen Patriotismus der Intellektuellen“. FAZ 247 (1992). S. 23

xlv        Kurt Biedenkopf. „Die Vereinigung bietet eine Modernisierungschance für ganz Deutschland“. Transit: Europäische Revue 3 (1991/1992). S. 26